

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Kickl, Dr. Belakowitsch-Jenewein
und weiterer Abgeordneter

betreffend Schließung der sogenannten Karriere-Entwicklungs-Center bei der österreichischen Post AG und anderen staatsnahen Betrieben

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 1, Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Antrag 424/A der Abgeordneten Renate Csörgits, Barbara Riener, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsmarktservicegesetz, das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Arbeitsmarktpolitik-Finanzierungsgesetz, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das Betriebliche Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, das Landarbeitsgesetz 1984 und das Beschäftigungsförderungsgesetz geändert werden (Beschäftigungsförderungsgesetz 2009) und über den Antrag 59/A(E) der Abgeordneten Josef Bucher, Kolleginnen und Kollegen betreffend rasche Umsetzung eines Beschäftigungsprogrammes (57 d.B.) in der 14. Sitzung des Nationalrates am 26.2.2009

Bis kommenden Montag, also bis zum 2. März 2009, muss die österreichische Post AG dem Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie einen Bericht zur Universaldienstverordnung vorlegen. Mit diesem Bericht muss die Post dann ihre konkreten Pläne in Bezug auf die Schließung von Postämtern und die Entlassung von Mitarbeitern offen legen. Pseudomaßnahmen, wie die Änderung der Universaldienstverordnung, die das Schließen von Postämtern im ersten Halbjahr 2009 verhindern und rein zur Beschwichtigung der Bevölkerung dienen sollten, sind dann nicht mehr wirklich aufrechtzuerhalten.

Laut kürzlich bekannt gewordenen Plänen sollen bereits in den nächsten Monaten 300 der 1.300 Postämter geschlossen werden.

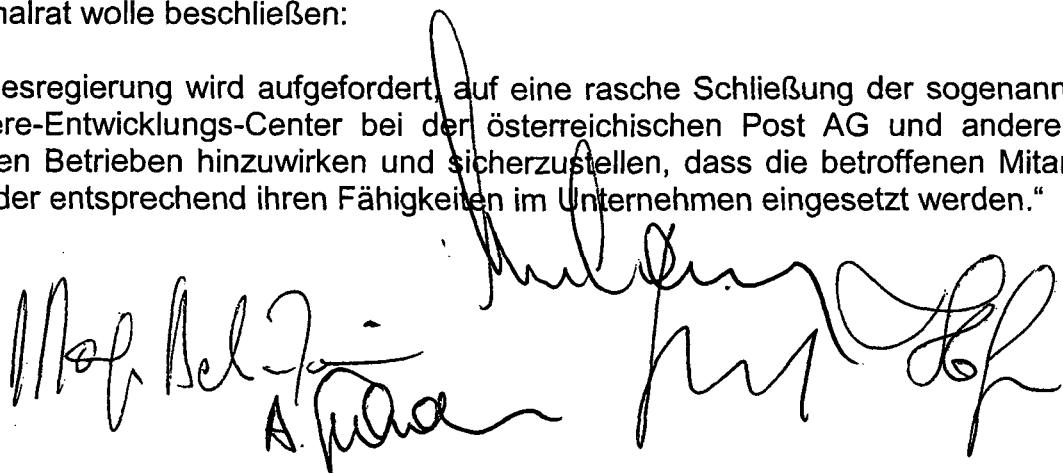
Völlig unklar ist derzeit auch noch die Zukunft all jener Mitarbeiter, denen droht abgebaut bzw. in so genannte Karriere-Entwicklungs-Center abgeschoben zu werden, wo sie in keinsten Weise im Sinne ihrer Fähigkeiten und im Sinne des Unternehmens eingesetzt werden, sondern zum bezahlten Nichtstun verdammt sind, während Unternehmensbereiche an Dritte ausgelagert werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den nachfolgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, auf eine rasche Schließung der sogenannten Karriere-Entwicklungs-Center bei der österreichischen Post AG und anderen staatsnahen Betrieben hinzuwirken und sicherzustellen, dass die betroffenen Mitarbeiter wieder entsprechend ihren Fähigkeiten im Unternehmen eingesetzt werden.“



Handwritten signatures of the members of the committee, including Dr. Belakowitsch-Jenewein and others.